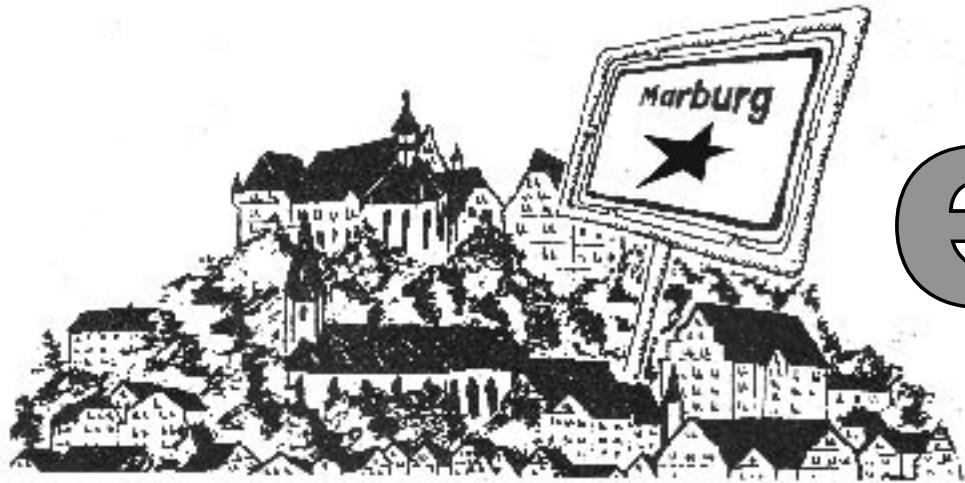


marburger echo



Zeitung der DKP Marburg

Mai 2008

DEUTSCHE KOMMUNISTISCHE PARTEI

#11

Angst vor dem großen Streik

Die Erleichterung über die Tarifeinigung im öffentlichen Dienst war den Protagonisten, Schäuble und Bsirske deutlich ins Gesicht geschrieben. Keine Urabstimmung, kein Streik. Glück gehabt.

Die Ausgangslage für die Streikgegner bei beiden Tarifpartnern, übrigens wörtlich zu nehmen, war nicht unkompliziert. Die Beschäftigten im öffentlichen Dienst gehören schon seit geraumer Zeit bei den Reallöhnen und den Arbeitszeiten zu den permanenten Losern.

Demzufolge führte an einer kräftigen Lohnsteigerung kein Weg dran vorbei. Wenn man allein die Tarifentwicklung im Öffentlichen Dienst mit der Tarifentwicklung im Bereich der IG Metall und mit den Teuerungsraten von 1993 bis 2007 vergleicht, ist „abgekoppelt“ wohl der richtige Sprachgebrauch. Für die Streikgegner zudem fatal: Sie konnten noch nicht einmal das Totschlagargument der letzten Jahrzehnte, der Bundeshaushalt sei stark defizitär und fordere gemäßigte Lohnabschlüsse, ins Feld führen. Zu allem Überfluss gab und gibt es eine öffentliche Diskussion zu explodierenden Managergehältern und DAX-Konzernen mit



Rekordgewinnen.

Bei der Diskussion um die Arbeitszeiten sah es für die Streikgegner nicht viel besser aus. Der immens gestiegene Arbeitsdruck für Beschäftigte in Krankenhäusern, im Nahverkehr, bei den

Ver- und Entsorgungsunternehmen und in anderen kommunalen Bereichen wird durch jede Verlängerung der Arbeitszeit verstärkt. Zudem schneidet man sich selbst und anderen ins Fleisch, denn Stellenabbau ist

die unweigerliche Folge. Gereicht hat es nicht zum Streik. Dafür war der Deal der Tarifeinigung einfach zu perfekt. In der Glitzerwelt des Kapitalismus zählt der Augenschein. Wenn zurecht behauptet werden kann, die durchgesetzten Lohnsteigerungen seien mit denen der Privatwirtschaft vergleichbar und man habe es geschafft, Arbeitgeberforderungen zurück zu weisen, wie z. B. die Ausweitung der leistungsorientierten Bezahlung bei Bund und Kommunen, dann hat man die Sympathie auf seiner Seite. Verschwiegen wird: Selbst die volle Erfüllung der Verdi-Forderungen (rund 10 Milliarden) hätte die ganzen Kürzungen aus dem TVöD und die Reallohnverluste der letzten Jahre bei weitem nicht wett gemacht. Auch Schäuble schmunzelt und freut sich über den Deal. Kein Arbeitskampf, der politisiert, dafür ein strategischer Sieg bei der Verlängerung der Arbeitszeit.

Herwig Selzer

Wohin mit der Universitätsbibliothek?

Seit Jahren werden die Universitäten umgekrempelt – Verkürzung der Studiengänge, ex-&-hopp-Ausbildung.

Das ist die eine Seite. Es gibt auch eine andere: nachdem die Hochschulen bis aufs Skelett heruntergespart worden sind, muss jetzt auch wieder investiert werden. Dies gilt vor allem für die naturwissenschaftlichen und technischen Fächer sowie die Medizin, hat aber auch Nebeneffekte für die Geistes- und Sozialwissenschaften. Diese müssen nicht nur negativ sein.

Da auf den Lahnbergen der zweite Bauabschnitt des Klinikums fertig gestellt ist, ziehen die Einrichtungen der Medizin jetzt komplett dorthin. Auch die letzten naturwissenschaftlichen Institute, sofern sie bisher noch im Lahntal waren, werden abgezogen. Im Ergebnis haben wir eine räumliche Teilung der Universität: Naturwissenschaften und

Medizin auf den Lahnbergen, Geistes- und Sozialwissenschaften im Tal. Für letztere gibt es viel Platz in den aufgelassenen Kliniken. Das ist auch gut so, denn die 1967 eingebauten Türme in der Wilhelm-Röpke-Straße sind marode. In Umbau und Umzug sollen insgesamt 440 Millionen Euro gesteckt werden.

Die Hälfte davon geht in die Umgestaltung des Fachbereichs Chemie. Aber immerhin: wenn in den nächsten Jahren die so genannten geisteswissenschaftlichen Institute vom Krummbogen weg- und in die leeren Kliniken in der Nähe der Elisabethkirche einziehen, wird dort ein neuer Bereich entstehen: der „Campus Firmanei“.

Die Universitätsbibliothek soll auf dem Gelände der früheren Frauenklinik neu gebaut werden. Zurzeit lagern am Krummbogen mehr als drei Millionen Bände: 1,1 Millionen in den Instituten,

1,9 Millionen im Hauptgebäude der Universitätsbibliothek, dazu noch Zeitschriften. Verfrachtet man alle diese Bestände in den Neubau am Pilgrimstein, entsteht ein riesiger Turm, der überhaupt nicht zur Elisabethkirche und zur Schlossberg-Silhouette passt. Errichtet man stattdessen einen Flachbau, wird er den gesamten Platz des Botanischen Gartens einnehmen. Man kann auch in die Tiefe gehen: Kellerbibliothek. Dann wird dem Botanischen Garten das Grundwasser abgegraben. Durch ingenieurstechnische Maßnahmen ließe sich das verhindern. Die dürften aber so teuer werden, dass für die übrigen Gebäude nichts mehr übrig bleibt.

Eine sinnvolle Lösung wäre eine Teilung. Die meisten Bücher, die sich in der Universitätsbibliothek befinden, werden zur Zeit nicht vor Ort gelesen. Man bestellt sie und nimmt sie zur Lektüre mit

nach Hause. Also ist es nicht nötig, dass sie an den Pilgrimstein transferiert werden. Dort braucht man nur eine so genannte Präsenzbibliothek für die unmittelbare Nutzung. Ein Neubau auf dem Platz der ehemaligen Frauenklinik wäre kein unförmiger Klotz, sondern könnte bescheiden und ansprechend ausfallen. Das Magazin der Universitätsbibliothek bleibt dann, wo es jetzt schon ist.

Die „Marburger Linke“ hat beantragt, diese Teilung in die Bedingungen für den Architektenwettbewerb, der jetzt ausgeschrieben wird, aufzunehmen. Die rotgrüne Koalition und die bürgerliche Opposition haben abgelehnt. So ist zu fürchten, dass jetzt nur noch eine der drei schlechten Lösungen realisiert wird: zum Schaden des Stadtbildes und des Alten Botanischen Gartens.

Georg Fülberth

AUSGEFRAGT

Christel Wegner wurde als kommunistische Landtagsabgeordnete in Niedersachsen den gesellschaftlichen Rechtskräften bis hin zur Sozialdemokratie zum Anlass einer neuen Antikommunismus-Welle. Lesen Sie ein Interview auf...

SEITE 2

HOCH DIE... NIEDER MIT...

Wir dokumentieren eine kluge Erklärung verschiedener italienischer Wissenschaftler gegen die aktuelle antichinesische Kampagne auf...

SEITE 3

IM LIEFENBENTURN

Im Rahmen einer „neuen Marx-Lektüre“ wurde der Marxismus wiederentdeckt – und entworfen. Lesen Sie mehr auf...

SEITE 4

Im Übrigen...*

von Tanja Bauder-Wöhr

... wird das, was die Finanzmanager in den letzten Jahren getrieben haben, heftige Auswirkungen auf die Lebensverhältnisse in Europa und den USA haben. Die Deutsche Industriebank IKB musste durch Fehlspekulationen am US-amerikanischen Immobilienmarkt herbe Verluste eintreiben. Das Gesamtrisiko summiert sich aktuell auf rund 11 Mrd. €. Hauptanteilseigner der IKB ist mit 38% der Aktien die staatliche KfW Bankengruppe. Über selbige sind bereits Staatsgelder in Höhe von fast 5 Mrd. € geflossen, um sie vor der Pleite zu retten. Als ans Licht kam, dass weitere Mrd. fehlen, sprangen die Minister Glos und Steinbrück mit einer erneuten Bürgerschaft für die Verfehlungen der Bankenmanager in die Bresche. Wir alle stehen also großzügigerweise für die Fehlentscheidungen der Topmanager gerade, während die Jahresvergütung der IKB-Vorstandsmitglieder laut deren Geschäftsbericht aktuell auf rund 7 Mio. € beziffert wird. Der ehemalige Vorstandschef Stefan Ortseifen, der seinen Posten verlassen musste, erhielt noch einen Erfolgsbonus von 1 Mio. €. Prince, Chef der weltgrößten Bank Citigroup und verantwortlich für deren Milliardenverlust durch „faule“ Immobilienkredite, verlässt das Unternehmen mit einer Abfindung im Gegenwert von rund 95 Millionen US-Dollar. Immer deutlicher wird: Im Kapitalismus bleiben Gewinne privat, Verluste werden sozialisiert.



ECHO VON LINKS



Gastkommentar von Bärbel Schwarz & Erich Fresenborg

Agro-Gentechnik

Wir wissen, dass wir fast nichts wissen...

... Geschwätz von gestern

Dass die Fraktion „Die Linke“ im Kreistag bei der Durchsetzung progressiver Maßnahmen auch ganz schön gemein sein kann, hat sie mit ihrem Antrag, stastulose Kinder im Kreis Marburg-Biedenkopf dürften nicht länger vom Unterricht ausgeschlossen werden, bewiesen. Hintergrund ist das fehlende Beschulungsrecht für Kinder und Jugendliche in Hessen, deren Aufenthaltsstatus nicht geklärt ist. Vielen von ihnen gelingt es nicht, eine schulische Bildung zu erhalten. Diesem Problem hatte sich Ende 2006 die grüne Fraktion im Kreis Offenbach angenommen und eine parlamentarische Initiative gestartet, die letzten Endes zu einem Antrag aller Fraktionen im Kreistag geführt hat.

„Die Linke“ tat nun nichts anderes, als diesen Antrag sinngemäß einzubringen. Und siehe da: Frei nach dem Motto, was interessiert mich ein Antrag, den meine grünen Gesinnungsgeossen hundert Kilometer von Marburg entfernt eingebracht haben, gab es im Kreistag niemanden (!), weder bei den Grünen noch bei der SPD, der „Die Linke“ parlamentarisch unterstützte. Tolle Leistung!

Treffen der SDAJ Marburg immer am Dienstag Abend.
Ort auf Anfrage:
SDAJMarburg@web.de

Streiken wirkt!

Im letzten Dezember ist es endlich zu einer Einigung zwischen der Dienstleistungsgewerkschaft ver.di und der Rhön-Klinik AG gekommen. Gegenstand der Verhandlungen war der Tarifvertrag für die 6500 nichtärztlichen Beschäftigten am Universitätsklinikum Giessen und Marburg GmbH. Der Betriebsratsvorsitzende am Standort Gießen, Klaus Hanschur, begrüßte den besonders guten Abschluss. Dass die Rhön AG aber nicht von Natur aus das „Klinikum der Herzen“ ist, welches gerne gute Tarifverträge für seine Angestellten abschließt, zeigten die sich zunächst über zwei Jahre hinziehenden zähen Verhandlungen. Erst ein Warnstreik wenige Tage vor dem Abschluss, bei dem mehrere tausend Klinikumsbeschäftigte für mehrere Stunden die Arbeit niederlegten, war der entscheidende Wendepunkt in den Verhandlungen. Denn, wie alle Kapitalgesellschaften gibt auch das „Klinikum der Herzen“ keinen kleinen Finger, nur gemeinschaftlicher Druck ihrer Beschäftigten zwingt sie zu einer Verbesserung der Arbeitsbedingungen.

Ein Professor der Uni Gießen will im Ebsdorfergrund Gen-Mais der Firma Mon-santo aussäen. Die Befürchtungen der Bevölkerung sind nicht von der Hand zu weisen. Hinsichtlich der Risikobewertung tappt man tatsächlich im Dunkeln. Langzeitstudien über gesundheitliche Auswirkungen fehlen. ExpertInnen erwarten neuartige Allergien und verstärkte Antibiotikaresistenzen. Die Folgen des vom Gen-Mais produzierten Bt-Giftes auf das Ökosystem sind ebenfalls ungeklärt. Fest steht dagegen aus wissenschaftlicher Sicht, dass gentechnisch veränderte Organismen (GVO) durch Pollenaustausch ihre neuen Eigenschaften auf herkömmliche Pflanzen übertragen können. Der Pollen kann dabei durch Wind und Insekten über große Entfernungen getragen werden. In Kanada ist

durch die Verbreitung von Samen und Pollen des kommerziell angebauten Gen-Raps innerhalb weniger Jahre die gesamte landwirtschaftliche Fläche verunreinigt worden.

Angesichts dieser Folgen erscheint es völlig absurd von der Wahlfreiheit zwischen genveränderter und natürlicher Nahrung zu sprechen. Monsanto, Weltmarktführer für transgenes Saatgut, steht für Tod und Vernichtung bringende Umweltgifte, wie das im Vietnamkrieg eingesetzte Entlaubungsmittel Agent Orange, DDT und Atrazin. Derzeitiger Verkaufsschlager ist das hochtoxische Herbizid Roundup Ready. Angesichts dieses Hintergrundes ist die scheinbare Sorge der US-Firma um Mensch und Umwelt mehr als zynisch. Es geht ihr vielmehr um Patentierung von Genen und Saatgut,

die satte Profite erbringt und zu einer zunehmenden Kontrolle von Landwirtschaft und Ernährung durch den Konzern führen dürfte.

Monsanto bedient sich dabei williger WissenschaftlerInnen, die unter dem Deckmantel von Forschung die klammheimliche Verbreitung der GVO in der Landschaft vorantreiben. Es finden sich auch immer PolitikerInnen, so auch im Kreistag Marburg-Biedenkopf, die sich prinzipiell als Fürsprecher von Kapitalinteressen anbieten und diese, seien sie noch so perfide, kritiklos propagieren. Dabei schert sich Herr Zissel (FDP) wohl kaum um die Frage, ob etwa ein Zusammenhang zwischen dem Bienensterben in den USA und der dortigen ausufernden Agro-Gentechnik besteht, wie von einigen WissenschaftlerInnen vermutet.

Angesichts der gravierenden Sicherheitsbedenken ist der Protest im Ebsdorfergrund berechtigt – und er hat sich gelohnt. Die Uni Gießen wird vorerst nun doch keinen Gen-Mais aussäen. Die VersuchsgegnerInnen sollten allerdings bedenken, dass auch der GVO-Anbau in anderen Gebieten durch Ausbreitung von Pollen und Samen früher oder später zur Kontamination der Region führen kann. Sinnvoll ist es daher, den Protest aufrecht zu erhalten, um bei der Bundesregierung den Erlass eines Moratoriums nach dem Beispiel Frankreichs durchzusetzen. Ein Anbauverbot von Gen-Mais und anderer GVO ist angesichts der unüberschaubaren Risiken die einzig sinnvolle und wirkungsvolle Konsequenz.

AUSGEFRAGT



Im Gespräch mit Christel Wegner*

Christel Wegners Einzug in den niedersächsischen Landtag über die Liste der Partei „Die Linke“ (PDL) hat für einige Aufregung gesorgt. Markus Wöhr hat für uns nachgehakt.

In einem Interview mit dem ARD-Magazin „Panorama“, kurz nach Deiner Wahl, sollst Du die Wiedereinführung der „Stasi“ gefordert haben.

Das ist falsch! Wer den „Panorama“-Beitrag gesehen hat, hat von mir nicht einmal das Wort „Stasi“ oder „Mauer“ gehört. Dieser Beitrag zeigt einmal mehr, mit welchen Mitteln Medien Meinung machen und beeinflussen. In persönlichen Erklärungen an die niedersächsische Linksfraktion und an meine WählerInnen habe ich versucht, diesen Vorwurf zu entkräften.

Ich bin wohl die, die es am meisten bedauert, mich auf ein solches Interview eingelassen zu haben.

Dennoch schloss Dich die Fraktion der PDL aus ihren

„Linksfraktion hat mich zutiefst enttäuscht“

*** Christel Wegner (DKP) sitzt als fraktionslose Abgeordnete im Niedersächsischen Landtag.**

Reihen aus. Gregor Gysi verdächtigte Dich gar, eine agent provocateur des Verfassungsschutzes zu sein. Schmerzt Dich dieser Umgang mit Dir sehr?

Dieser reflexartige Entzug der Solidarität der Linksfraktion hat mich zutiefst enttäuscht, der üble Vorwurf von Gysi hat mich empört!

Jüngst wurde Manfred Sohn, Fraktionsvorsitzender der PDL in Niedersachsen, scharf von den Medien attackiert, weil er die DDR als „besten Staat auf deutschem Boden“ bezeichnet haben soll. Erlebst Du dabei Schadenfreude?

Nein. Es darf nach der herrschenden politischen Meinung eben nicht sein, dass irgend etwas an der ehemaligen DDR als positiv bewertet wird. Und wenn ein „Linke“-Politiker so etwas äußert, wird er attackiert und als „DDR-Nostalgiker“ abgestempelt. So wird abgelenkt von drängenden sozialen und politischen Problemen.

Erfuhrst Du auch Solidarität?
Sehr viel und dafür bin ich auch sehr dankbar. Es kamen Mails, Briefe und Anrufe aus dem In- und Ausland von GenossInnen – auch der PDL –, von WählerInnen, von Nachbarn und Freunden, von den Teilnehmern der „internationalen Konferenz“ im Vorfeld des Parteitages. Es gab

die Unterschriftensammlung der „jw“ und deren Solidaritätsveranstaltung.

Dennoch bist Du im Parlament fast auf Dich allein gestellt. Was sind Deine Ziele? Und wie willst Du sie erreichen?

Ich bin ja angetreten das Landtagswahlprogramm der PDL Niedersachsen mit umzusetzen. Dafür bin ich gewählt worden, diesen Auftrag habe ich angenommen und so stimme ich im Landtag natürlich auch für diesbezügliche Anträge der PDL. Meine Möglichkeiten als fraktionslose Abgeordnete im Parlament sind natürlich unglaublich beschränkt. So habe ich in dem Ausschuss für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit nur Beratungs- und kein Stimmrecht. Meine Redezeit zu den Themen im Plenum beträgt nur eine Minute. Aber wir sind sowieso der Auffassung, dass parlamentarisch allein nichts zu bewegen ist, wenn nicht die außerparlamentarische Bewegung stark genug ist, um Druck zu machen und zu unterstützen.

Manche in der DKP vertreten die Auffassung, man solle die Zusammenarbeit mit der PDL sowieso einstellen und stattdessen wieder als eigenständige politische Kraft auftreten. Also „Stecker raus“?

Andererseits haben wir doch auch in unserem Programm die Auffassung, dass die Bündelung linker Kräfte zielführend ist und nur so zu Erfolgen führen kann. Das heißt doch nicht, dass wir nicht auch als eigenständige po-

litische Kraft auftreten.

Seit 1959 gab es keinen Kommunisten mehr in einem Landtag der Bundesrepublik. Nach dem Ende der DDR scheint Dein Einzug in Niedersachsen ein Neuanfang zu sein? Du bist die Erste. Denkst Du es werden noch mehr werden?

Für Niedersachsen kann ich sagen, dass die Genossen Landwehr und Zscherpe bis 1959 als fraktionslose Abgeordnete im Landtag saßen. Ob es nach mir wieder Abgeordnete in bundesdeutschen Parlamenten oberhalb der Kommunalebene geben wird, hängt natürlich entscheidend davon ab, wie wir unsere Politik vermitteln, wie wir unsere Presse stärken können, und das ist auch eine Kräftefrage. Daran arbeiten wir alle doch täglich, oder?

Mitgliederversammlung der DKP jeden ersten Dienstag im Monat, 20 Uhr, Ort auf Anfrage.

DKP-Stammtisch Di, 13. Mai, 20 Uhr im „Sudhaus“ (1. Stock, Nichtraucherraum)

Kontakt: info@DKP-Marburg.de

HOCH DIE... NIEDER MIT...

„Olympia für Hunde und Chinesen verboten?“

Eine Gruppe italienischer Wissenschaftler um Domenico Losurdo, Gianni Vattimo, Luciano Canfora u.a. veröffentlichte Anfang April folgende Erklärung zur Kampagne gegen China in mehreren Sprachen:

Eine schändliche Kampagne zur Dämonisierung der Volksrepublik China ist im Gange. Angeführt und organisiert wird sie von Regierungen und Presseorganen, die mehr denn je entschlossen sind, für das endlose Martyrium des palästinensischen Volkes zu garantieren und die immer dazu bereit sind, Präventivkriege vom Zaun zu brechen und zu unterstützen, wie den, der im Irak schon viele Hunderttausende Tote gefordert und Millionen Flüchtlinge mit sich gebracht hat.

Man macht sich für die (manchmal als »Autonomie« getarnte) Unabhängigkeit Tibets stark, aber wenn dieses Ziel erreicht würde, gäbe man dieselbe Parole auch für Groß-Tibet aus (ein Gebiet, das dreimal größer ist als das eigentliche Tibet) und daraufhin für Xinjiang, für die innere Mongolei, für die Mandchurei und noch andere Regionen. In Wahrheit zielt der Imperialismus mit seinem wahnwitzigen Projekt der Weltherrschaft darauf ab, ein Land zu zerstückeln, das sich seit vielen Jahrhunderten auf einer multiethnischen und multikulturellen Grundlage herausgebildet hat, ein Land, in dem heute 56 Ethnien zusammenleben. Dieser Kreuzzug wird keineswegs von

der »Dritten Welt« ausgerufen, die voller Sympathie und Bewunderung auf China blickt, sondern vom Westen, der das große asiatische Land mit den Opiumkriegen in die Unterentwicklung und in eine entsetzliche Tragödie gestürzt hat, welche das Volk, das ein Fünftel der Menschheit umfasst, jetzt endlich überwindet.



Mit den gleichen Parolen, die heute gegen China geschrien werden, könnte man die Zerstückelung nicht weniger europäischer Länder, wie etwa England, Frankreich, Spanien und vor allem Italien fördern, wo es nicht an Bewegungen mangelt, die die »Befreiung« und die Sezession

Norditaliens fordern.

Der Westen, der sich als Heiliger Stuhl der Religion der Menschenrechte aufspielt, hat kein Wort verloren über die antichinesischen Pogrome, die am 14. März in Lhasa unschuldigen Bürgern, Frauen, Alte und Kinder inbegriffen, das Leben gekostet haben. Während der Westen be-

und religiösen Reinheit errichten will (auch eine Moschee ist in Lhasa angegriffen worden) und der diesem Staat Gebiete einverleiben möchte, die zwar von Tibetern bewohnt, aber nie von einem Dalai Lama verwaltet worden sind: Das ist der Plan für das fundamentalistische Groß-Tibet, von dem die schwärmen, die den multiethnischen und multikulturellen Charakter der Volksrepublik China in Frage stellen wollen, um diese besser zerstückeln zu können.

Am Ende des 19. Jahrhunderts hing gut sichtbar am Zugang zu den westlichen Konzessionen in China das Schild: »Eintritt verboten für Hunde und Chinesen«. Dieses Schild ist nicht verschwunden, sondern hat nur ein paar Varianten erfahren, wie die Kampagne beweist, die sich vornimmt, die Olympischen Spiele in Peking zu sabotieren oder irgendwie abzuqualifizieren: »Olympia für Hunde und Chinesen verboten«. Der heutige antichinesische Kreuzzug steht voll und ganz im Einklang mit einer langen und infamen imperialistischen und rassistischen Tradition.



Kuba bleibt sozialistisch!
Solidaritätsveranstaltung
anlässlich des 80. Geburtstages von Ché Guevara
mit
Horst Schäfer
Autor von
»Im Fadenkreuz: Kuba«

in Marburg:
Donnerstag, 12. Juni,
20 Uhr, DGB-Haus

in Gießen:
Freitag, 13. Juni,
19 Uhr, DGB-Haus,
Café Amelie

Veranstalter:
Freundschaftsgesellschaft
BRD-Kuba & DKP

VON DER HEIMATFRONT

Die Spaltung der Sozialdemokratie

In keiner aktuellen Meinungsumfrage kommt die SPD auf 30 Prozent. Je nach Institut sind es 24 oder 27 oder 28. Die Partei „Die Linke.“ landet immer oberhalb von 10: mal bei 14, mal bei 11. Beide Trends scheinen gegenwärtig stabil zu sein.

Was bedeutet das?

Antwort: es handelt sich um die Spaltung der deutschen Sozialdemokratie. Diese vollzog sich in den vergangenen Jahren in zwei Etappen:

Erstens: die Abwicklung der ehemaligen SED, die sich mittlerweile PDS nannte. Als sie 2002 nur noch fünf Prozent bei der Bundestagswahl erreichte, war sie endgültig auf den Rang einer – wenngleich dort starken – ostdeutschen Regionalpartei abgestuft.

Zweitens: jetzt erfolgte die Abwicklung der SPD. Sie begann 2003 mit der Agenda 2010 und beschleunigte sich mit Hartz IV und der Rente mit 67. Zunächst entstand nur eine Absplittung: die „Wahlalternative Arbeit und Soziale Gerechtigkeit“ (WASG). Bei den Landtagswahlen im Mai 2005 erhielt sie nur 2,2 Prozent, (die PDS: 0,9). Unter allen früheren Umständen wäre das ein klares Scheitern gewesen, wie früher für die DFU, von der DKP gar nicht erst zu reden. Dieses momentane Ergebnis sprach gegen die Chancen eines Neuanfangs. Aber sofort haben zwei Männer die neue Partei, die es noch gar nicht gab und deren Aussichts-



losigkeit gerade unter Beweis gestellt schien, gerettet: Gerhard Schröder und Oskar Lafontaine. Der Kanzler leitete Neuwahlen ein, und das gab seinem alten Konkurrenten eine Chance: er rettete die WASG, indem er ihr beitrug. Aber er wäre mit ihr gescheitert, hätte es daneben nicht die passive Schwungmasse der PDS im Osten gegeben. So entstand schließlich „Die Linke.“ als die zweite sozialdemokratische Partei in Deutschland. Durch diesen Spaltungsprozess hat sich das sozialdemokratische Potential allerdings nicht

erweitert, im Gegenteil: es ist geschrumpft. Bei der Bundestagswahl 2005 addierten sich die Anteile von SPD und Linkspartei noch auf 42,9 Prozent. In den aktuellen Umfragen erreichen sie zusammen höchstens 39. Von einer Links-Entwicklung des Parteienfeldes kann man also nicht sprechen. Vielleicht erklärt sich so auch, weshalb die konservative Presse – zum Beispiel die FAZ – den Kampf gegen die Partei „Die Linke.“ inzwischen weitgehend eingestellt hat.

Georg Fülberth

AUS DEN KOLONIEN

Badespaß mit Hungerbäuchen

„Geschafft! Wir sind so lange in den Süden geflogen, bis es warm genug wurde, dass wir hier bleiben können“, so kommentiert der Kabarettist Hagen Rether Verursacher und Nutznießer der Klimakatastrophe.

Tatsächlich soll es in den Ländern, die für die globale Aufheizung verantwortlich sind, Menschen geben, die bei steigender Co₂-Emission nicht an zunehmend auftretende Naturkatastrophen, wie Orkane, oder an die Verbreitung dort bislang unbekannter Krankheiten, wie Malaria, denken, sondern an Badespaß in sengender Sonne. Ganz anders aber dürften die Entwicklungsländer des Südens über die globale Aufheizung denken. Sie, die kaum an der Emission von Co₂ beteiligt sind, werden nämlich von den Konsequenzen am stärksten betroffen sein. In einer jüngst im renommierten Wissenschaftsmagazin Science veröffentlichten Studie gelangten Klimaexperten unter der Leitung von David Lobell zu der Vorhersage, dass aufgrund der durch die Klimaveränderung verursachten massiven Zerrüttung des globalen Nahrungssystems in naher Zukunft ein Fünftel der Weltbevölkerung verhungern wird – mehr als eine Milliarde Menschen. Hitze, Dürren und die Ausbreitung von Wüsten werden die Ernteerträge ganzer Regionen dramatisch reduzieren. Den härtesten Ernteausfall werden das südliche Afrika und Süda-

sien zu verzeichnen haben. Die Tatsache, dass die Verursacher der Katastrophe nicht diejenigen sind, die unter deren Folgen am meisten zu leiden haben, spiegelt sich auch im Haushalt der USA für 2008 wider. Das Land, welches das Kyoto-Protokoll als zu kostspielig ablehnt, sieht dort gerade einmal rund 7 Milliarden US-Dollar für den Kampf gegen den Klimawandel vor. Dass die globale Aufheizung wissenschaftlich unstrittig ist, will man in den USA noch immer nicht wahrhaben. So sind von diesen 7 Milliarden auch noch 2 Milliarden für „die Erforschung von grundlegenden wissenschaftlichen Unsicherheiten, die es im Zusammenhang mit dem Klimawandel gibt“ abzugeben. Im gleichen Haushalt stehen rund 650 Milliarden für das Militär zur Verfügung. Perfiderweise werden die hohen Militärausgaben teilweise mit dem Klimawandel gerechtfertigt. Dieser sei nämlich ein „Multiplikator für Instabilität“ und werde zu blutigen Kämpfen um lebenswichtige Ressourcen wie Trinkwasser oder Nahrungsmittel, sowie eine den Norden bedrohenden Massenmigration führen.

Markus Wöhr



Feindbild „Traditionsmarxismus“

Eine Kritik der ‚Neuen Marxlektüre‘ Michael Heinrichs

Was lernt die junge Studentin, die sich mit Heinrichs Büchern dem Marxschen Werk nähern möchte? Zunächst dies: Generationen von Marxistinnen und Marxisten haben Marx gründlich missverstanden. Schlimmer: Man hat sie hinters Licht geführt. Der Schurke im Stück ist der „Traditionsmarxismus“, dessen Grundlagen Friedrich Engels mit seiner Schrift „Herrn Eugen Dührings Umwälzung der Wissenschaft“ gelegt hat. Dass Karl Marx den „Anti-Dühring“ en detail kannte, an dessen Erarbeitung beteiligt war, ja sogar ein Kapitel selbst geschrieben hat, ficht Heinrich nicht an: Seit Engels inkompetentem Eingreifen wandelt der Marxismus auf Abwegen. Noch übler trieb es Lenin, dem eine „weitere Verflachung“ vorgeworfen wird, am schlimmsten aber trieb es die Arbeiterbewegung. Wer also ist „Traditionsmarxist“? Engels? Kautsky? Bernstein? Luxemburg? Lenin? Hilferding? Bauer? Adler? Gramsci? Brecht? Grossmann? Varga? Sweezy? Lukács? Bloch? Mao? Guevara? Mattik? Kuczynski? Sartre? Poulantzas? Mandel? Abendroth? Haug? Schon eine oberflächli-

che Lektüre der Werke dieser Autoren macht klar: Den Traditionsmarxismus hat es nie gegeben, Heinrichs zentrale Kategorie ist theoriegeschichtlich völlig unbrauchbar. Sehr brauchbar ist sie hingegen als rhetorischer Kniff: Wer seine Gegner als „Traditionalisten“ abqualifiziert, erstrahlt selbst im Lichte des revolutionären Neuerers. Eines reichlich arroganten Neuerers obendrein: „Was Ende des 19. Jahrhunderts in der Sozialdemokratie als ‚Marxismus‘ dominierte, bestand aus einer Sammlung von ziemlich schematischen Auffassungen: Ein äußerst simpel gestrickter Materialismus, bürgerliches Fortschrittsdenken, ein paar stark vereinfachte Elemente der Hegelschen Philosophie und Versatzstücke Marxscher Begrifflichkeiten wurden zu einfachen Formeln und Welt-erklärungen kombiniert.“ Wer so über die Schriften eines August Bebel, eines Karl Kautsky, eines Franz Mehring oder einer Rosa Luxemburg schreibt, hat sich als Theoriehistoriker sein Urteil selbst gesprochen. Die Polemik gegen den Traditionsmarxismus ist der rote Faden in Heinrichs



„Kritik der politischen Ökonomie“. Konkrete Theoretiker, konkrete Schriften, konkrete Textstellen werden allerdings kaum benannt. Immer wieder sagt uns Heinrich, was die Traditionsmarxisten denken würden. Niemals sagt er uns, welcher Traditionsmarxist es wann und wo geschrieben hat. Einschlägige Zitate oder Quellenangaben sucht man vergeblich. Ein Manko, dass jedem Studenten im Grundstudium angekreidet würde, hier hat es System: Es wird nicht belegt, es wird behauptet. Und so wundert sich der Traditionsmarxist: Bei Heinrich erfährt er, dass er den Wert „substantialistisch“ als dingliche Eigenschaft der einzelnen Ware auffasst, dass er den

Begriff der Ausbeutung als moralische Kategorie missversteht, dass der die Dialektik „als eine Art Wunderwaffe, mit der man Alles und Jedes erklären konnte“ betrachtet, oder dass für seinen Kommunismusbegriff in erster Linie die Frage einer anderen Verteilung zentral ist, so dass ihm „auch schon ein autoritärer Wohlfahrtsstaat, der sogar gewisse marktwirtschaftliche Strukturen beibehält“ als Sozialismus oder Kommunismus gilt. Sicherlich hat die Arbeiterbewegung auch einige äußerst mittelmäßige Theoretiker hervorgebracht – welche politische Bewegung hätte das nicht? Was Heinrich betreibt, ist aber nicht Theoriekritik, sondern Rufmord. Seine Beschreibungen „traditionsmarxistischer“ Positionen sind Karikaturen. Er erschafft sich die Pappkameraden selbst, die er alsdann kühn zur Strecke bringt. Die wirklichen Fragestellungen, die wissenschaftlichen und politischen Probleme, die in der wechselhaften Geschichte des Marxismus diskutiert wurden und die zur Ausprägung der verschiedenen Interpretationsrichtungen innerhalb dieses ungeheuer geschichtsmächtigen Theoriegebäudes führten, werden nicht ernst genommen, gelangen oft nicht einmal zur Kenntnis. [...]

» Auszug aus „Herrn Michael Heinrichs Umwälzung des Marxismus“, MASCH-Skript von Holger Wendt, www.marxistische-blaetter.de



Wir schicken Ihnen das **Marburger Echo** gerne regelmäßig und kostenlos zu, per Post oder E-Mail.

Kontakt: siehe Impressum

Spenden für das Echo
E. Beltz, Kto.-Nr.: 193070,
Sparkasse Gießen
(BLZ: 51350025),
bitte Verwendungszweck
angeben: Marburger Echo



www.marxistische-blaetter.de
»seit 1963«

9. bis 12. Mai
Ausbildung und Übernahme für Alle.
Eine demokratische Schule für Alle.
zeit zu kömpfen. zeit zu feiern.
No NPD. NPD Verboten & Zerschlagen.
Bundeswehr raus aus Afghanistan.
festival der jugend
Diskussionen Die Zukunftskiller in Wirtschaft und Politik stoppen!
Qualifizierte Ausbildung! Und Übernahme im erlernten Job für Alle!
Bildungspolitik: Weg mit Kopfnoten und dreigliedrigem Schulsystem • Iran – Nächster Krieg ums Öl? • Venezuela: Sozialismus oder Barbarei? • No Nazis: Strategien gegen NPD und Co. • Widerstand gegen Bundeswehr-PR in Schulen und Arbeitsämtern • Ausstellung: Neofaschismus in der BRD (VVN-BdA) •
Musik: Chaoze One & Lotta C. | Microphone Mafia | Anarchist Academy | The Clerks | The Special
Guests | Rotdorn | Achim Bigus | Soul Power Soundsystem u.v.a.m.
Noch mehr Informationen im Internet.
Jugendpark Köln | www.festival-der-jugend.de

SEHEN • LESEN • HÖREN

Buchempfehlung: Präventive Konterrevolution

„Herr Mark, lassen Sie doch Ihr sozial-romantisches Getue!“, sagte vor einigen Jahren mein damaliger Arbeitgeber zu mir, als wir uns gegen unbezahlte Überstunden wehrten. Sozial-romantisches Getue, nicht schlecht. Was ist überhaupt „Romantik“? Ich schlage vor, bei Peter Hacks nachzulesen. Von ihm, der am 21. März diesen Jahres 80 Jahre alt geworden wäre, ist im Eulenspiegel Verlag die zuerst 2001 veröffentlichte Streitschrift „Zur Romantik“ wieder herausgebracht worden.



Hier können wir erfahren, was Romantik mit englischer Literatur, Rauschgift, Geheimdiensten, der Konterrevolution, Sexbesessenheit, Jugendkult, Satanismus und dem Untergang der DDR zu tun hat. Die Wirkung in unsere Zeit hinein wird auch nicht verschwiegen: „Der Romantik, nachdem unlängst der Imperialismus den Sozialismus besiegt hat, blieb als letzte Aufgabe, dessen Wiedererstarken vorzubeugen.“ (S. 118) Womöglich werden viele Leser Hacks' Polemik alles andere als

erfrischend finden; für mich ist sie wie ein kräftiger Schluck aus einer kristallklaren Bergquelle. (Dies ist keine Kritik, sondern eine Lesempfehlung!)

Und was hat das alles mit dem Kampf gegen unbezahlte Überstunden zu tun? Eigentlich nichts. Und genau darum geht es ja.

Christian Mark

Peter Hacks: Zur Romantik, Eulenspiegel Verlags GmbH 2008



Schwerpunkt: Klassenziel Hartz IV // Eine Schule für Alle! // Bertelsmann: Eine hochgefährliche Krake // Finnland liegt in der DDR // Wie die SV-Arbeit gelingt
Aktuell: Post von der SDAJ: Roland Koch // Vorratsdatenspeicherung
International: Geschickertes Referendum in Venezuela // Cuba wählt // Kindersterblichkeit auf Cuba
Culture Beat: 40 Jahre SDAJ: Die Gründung // Schwule Nazis

www.sda-j-online.de/position

IMPRESSUM

www.marburger-echo.de
info@dkp-marburg.de

V.i.S.d.P.: Herwig Selzer, Am Kupfergraben 6, 35037 Marburg

Herausgeber:
Deutsche Kommunistische Partei (DKP) Marburg
& Assoziation Marxistischer StudentInnen (AMS) Marburg

Layout: compay
Auflage: 1000 Ex., Eigendruck
Erscheinen: vierteljährlich
nächste Ausgabe: August 2008
Redaktionsschluss: 15.07.07

DKP

www.dkp-marburg.de • www.dkp-hessen.de